

Gleichklang der Stimmen

Kaum einer noch hat die Dekade des Tausendjährigen Reiches selbst erlebt. Auch der Bleiernen Zeit des Deutschen Herbstes vor mittlerweile sechzehn Jahren erinnern heuer sich nur mehr die Wenigsten. Mag solche Vergesslichkeit womöglich einer der Gründe sein, aus denen der gegenwärtige Gleichklang der veröffentlichten Meinung kaum zur Kenntnis genommen wird – zu erklären vermag sie den bestürzenden Mangel an Wachsamkeit und Kritik nicht. Die Rede ist von der – offenbar freiwilligen – Gleichschaltung der Berichterstattung über die „Ereignisse“ in der früheren sozialistischen Sowjetrepublik Rußland.

Da findet also etwas statt, das nach dem übereinstimmenden Urteil von Verfassung-Experten und Juristen in aller Welt nicht anders denn als „Staatsstreich“ zu bezeichnen ist. Selbst sein Urheber räumt freimütig ein, sich über geltendes Recht und seine ihm zustehenden Kompetenzen hinweggesetzt zu haben. Im Namen der in solchen Fällen regelmäßig ins Feld geführten „höheren Werte“ wird ein diktatorisches Regime etabliert, in dem alle verfassungsmäßigen Organe von Staat und Gesellschaft durch präsidentiale Willkür suspendiert werden.

Nun geht nicht etwa ein Aufschrei der Empörung um die Welt. Nicht einmal gelinder Protest wie bei ähnlichen Vorgängen in Peru ist zu vernehmen. Im Gegenteil: Verfassungsbruch und Diktatur werden plötzlich als „Maßnahmen zur Rettung der Demokratie“ bezeichnet. Und als schließlich ein infolge des Terrors künstlich zusammengeschmiedetes Häuflein von Parlamentariern um die Wahrung seiner historischen und verfassungsmäßigen Rechte kämpft, findet dies nicht etwa – wie naiverweise zu erwarten gewesen wäre – die Unterstützung aller

freiheitsliebenden und demokratischen Kräfte in der Welt. Nein, das Putschisten-Regime des Präsidenten wird zum Kämpfer gegen einen „Aufstand“ umgeschrieben, der blutig niedergewalzt wird.

An den darauf folgenden Maßnahmen zur Unterdrückung jeglicher Opposition trifft lediglich die Einführung der allgemeinen Presse-Zensur auf verhaltenen Widerspruch. Als diese dann – zumindest für Regime-freundliche Organe – wieder aufgehoben wird, ist die Welt scheinbar wieder in Ordnung. Weder Massenverhaftungen, noch weitere Verfassungsbrüche durch das herrschende Regime, wie etwa die Auflösung der Kommunal-Parlamente und die faktische Ausschaltung der Justiz als Kontroll-Instanz, scheinen die westliche Presse zu interessieren. Die westliche Politik hat ja schon vor längerem ihrem russischen Sachwalter freie Hand gegeben für dessen Klassenkampf von oben. Sie ist von jeher mehr der Wahrung der Interessen ihrer Kapitalien verpflichtet, denn dem Einklagen von Bürger- und Menschenrechten. Letztere spielen nur dann eine Rolle, wenn sie ins ökonomische Konzept passen: Man vergegenwärtige sich, wie schnell nach dem 89'er Massaker an der eigenen Bevölkerung die Proteste gegen das Blut-Regime in Beijing ausgetauscht wurde gegen Exploitation des chinesischen Marktes.

Bemerkenswert jedenfalls an der sog. Berichterstattung über das gegenwärtige russische Regime ist – unabhängig von der Verteilung der politischen Sympathien etwa zwischen Parlaments- und Putschisten-Präsident – die Einheligkeit, in welcher die Vorgänge in Moskau dem hiesigen Publikum dargeboten werden. Nun wird es gewiß niemanden verwundern, daß in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung einem Regime gehuldigt wird, das sich die sog. „Freie Marktwirtschaft“ auf die Fahnen geschrieben

hat und seine Untertanen der Ausbeutung durch westliche Kapitalien anheimstellen will. Das hindert die FAZ jedoch durchaus nicht daran, zugleich auch ausführlich das rechtlich mehr als bloß zweifelhafte Vorgehen des putschenden Präsidenten darzustellen. Wesentlich erstaunlicher ist's – wenigstens auf den ersten Blick – schon, wie die einst als „linke“ Zeitung angetretene Berliner Tageszeitung sich hier verhält: Als Leitartikler darf ein gewesener Maoisten-Häuptling seinen alten Feindbildern frönen, und der Korrespondent vor Ort muß sich merklich Mühe geben, unter der Meinungsmache für den von ihm favorisierten Putschisten überhaupt noch Informationen über den Gang der Dinge und das Leben in der russischen Republik in seinen Artikeln unterzubringen.

Wie kommt es nun dazu, daß weder eine doch angeblich auch hierzulande vorhandene „liberale Öffentlichkeit“ noch selbst kritische Intellektuelle sich wehren gegen solche – wenigstens hierzulande – beinahe allumfassende Gleichschaltung der Medien und die Um-Wertung und Neu-Definition von Begriffen? Da werden Putschisten zu Demokraten, blutiger Terror zur Friedens-Erhaltung, Kommunisten zu Reaktionären, massenhafte Verelendung zur Errungenschaft, zunehmende Kriminalität und Korruption zu Zeichen des Fortschritts. Weitreichende Differenzen zwischen national-konservativen und eher sozialdemokratischen Abgeordneten werden in der Berichterstattung ebenso eingeebnet wie jene zwischen orthodox kommunistischen Vorstellungen und solchen, die mehr den vergangenen Idealen von Glasnost und Perestrojika verpflichtet sind.

Als der aufstrebende KP-Funktionär Jelzin seinerzeit vom sowjetischen Präsidenten seiner Aufgaben entbunden wurde, hat dieser seine Zeit nicht etwa genutzt, um seine bereits damals bekannten Ambitionen zu zügeln, die er nun so blutig ausgelebt hat. Damals aber hatte die kritische Öffentlichkeit noch nicht den Blick verloren für den Machthunger des ehemaligen Moskauer Parteichefs. Seither jedoch ward der Renegat zum treuen Sachwalter westlicher Kapital-Interessen, dem es zudem erfolgreich gelang, den einst verbreiteten Geist des Aufbruchs nach dem am Widerstand der Bevölkerung gescheiterten Putsch gegen den damaligen sowjetischen Staatspräsidenten zu verwandeln in eine weit verbreitete Enttäuschung über Politik schlechthin und Politiker im Besonderen – was ihm, gewiß nicht ungelegen, nur eine umso zügellosere Machtausübung ermöglicht. Seither auch ist westliche Kritik an ihm nur dann zu vernehmen, wenn es nicht schnell genug geht mit der Entrechtung des Volkes um des freien Wirkens der Kräfte der Marktwirtschaft willen ...

Von Seiten der Liberalen oder gar der Linken hingegen ist kaum etwas zu vernehmen. Was bei den einen noch erklärbar sein mag mit der Vorherrschaft des Wirtschafts-Liberalismus über eine Bürgerrecht-Liberalität, ist bei den anderen schon weit weniger leicht zu verstehen. Dies mag damit zusammenhängen, daß allzuviele Orientierungen verloren gingen nach den verheerenden Ereignissen des Jahres 1989: In den USA tritt Bush seine Präsidentschaft an, in Nicaragua verlieren die Sandinisten die Wahl, in El Salvador gewinnt die rechte ARENA sie; in Griechenland verlieren die Sozialisten, in Israel gewinnen bei den Kommunalwahlen der rechte Likud und die or-

thodox Religiösen; in China schießt der Staat auf seine Bürger, in Polen siegt die Kirche über die Gewerkschaft; in Österreich wird der rechtsextreme Haider zum Landeshauptmann von Kärnten gewählt, in Rumänien ein Blutbad angerichtet; bei den Europawahlen gewinnen die rechten Republikaner in der BRD ein halbes Dutzend Mandate. Und spätestens, nachdem der Verzicht der DDR-Regierung auf eine autoritäre Beseitigung der sich ausbreitenden Proteste ihrer Bevölkerung allgemein umgedeutet ward zu einer sog. „friedlichen Revolution“, bleiben für die traditionelle Linke kaum noch Plätze in der Welt, an denen sie sich hätte festhalten und aufrichten können.

Doch während etwa das Volk der früheren DDR mittlerweile zu begreifen beginnt, was es sich – jenseits der vollmundigen Versprechungen der Politiker – tatsächlich eingehandelt hat, sind die früheren West-Linken seither entweder schlicht sprachlos oder aber mit mehr oder weniger fliegenden Fahnen ins Lager des vormaligen Klassenfeindes übergelaufen. Zu denken hätte schon damals geben müssen, auf welch fruchtbaren Boden allgemein die offen nationalistische, wo nicht gar rassistische Äußerung des früheren BRD-Kanzlers Brandt fiel, es wachse nun zusammen, „was zusammen gehört“. Im Angesicht ihrer scheinbar historischen Niederlage erhob sich keinerlei Widerspruch gegen solch demagogische Behauptung, die noch wenige Jahre zuvor ob ihres chauvinistischen Kernes wütend kritisiert worden wäre.

Bis heute – und hierin scheint der eigentliche Grund für das bestürzende Schweigen angesichts des Moskauer Regimes zu liegen – haben jene Sektoren der Linken von dem Schock des Jahres 1989 sich nicht wieder erholt, die bis dato ihre

Orientierung mehr aus dem Ausland bezogen denn durch eigene und gelebte Wertmaßstäbe. Während die Libertären mancherlei Provinienz von jeher kaum öffentlich zu Worte kamen, waren so manche der ersten Gruppe als sog. freie Mitarbeiter oder auch festangestellt in den bürgerlichen Medien untergekommen, wo sie – ebenso gestützt wie gebremst durch den Parteien-Schacher unter dem Stichwort „Proporz“ – für ein labiles Gegengewicht zur reinen Hofberichterstattung sorgen konnten. Ihr Verstummen – oder freundliche Einstimmen in den Chor der bürgerlichen Meinungsmache – dürfte wesentlich dafür verantwortlich sein, daß es heuer um vieles leichter geworden ist, die veröffentlichte Meinung zum Gleichklang zu bringen als dies noch während des Deutsches Herbstes der Fall war.

Nun könnte man getrost zur Tagesordnung übergehen, handelte es sich bei allem lediglich um die letztlich psychischen Probleme einiger linker Individuen. Doch ginge solche Sicht am eigentlichen Problem vorbei. Viel mehr handelt es sich um den Zerfall eines öffentlichen Disputes, in dem zumindest um die Macht der Meinung-Bildung gerungen werden konnte und bei dem es in Zeiten der „alten“ BRD eine gewisse Form des Kräfte-Gleichgewichts gab: Während die Rechten die normative Kraft des Faktischen auf ihrer Seite hatten, verfügte die Linke in der Regel über die besseren Argumente und intellektuelle Brillianz. Dieses labile Gleichgewicht jedoch ist mit dem faktischen Abdanken der traditionellen Linken aus dem öffentlichen Disput verloren gegangen. In West- wie Ost-Deutschland hat ein Prozeß der Entpolitisierung stattgefunden, der dazu geführt hat, daß es mittlerweile kein wirksames

Korrektiv gegenüber bürgerlicher Meinungs-Mache mehr gibt.

Offenbar wurde dies auch bereits in der Berichterstattung zu den Vorgängen in Bad Kleinen. Vor – sagen wir – fünf Jahren wäre dies Anlaß gewesen, die Blutspur des westdeutschen Staates durch seine eigene Geschichte nachzuzeichnen, den Vernichtung-Krieg seiner Institutionen gegen radikale Kritik in Erinnerung zu rufen, die Brutalität seiner Terroristen-Fahndung und die mehrfach international verurteilten Folterungen in seinen Gefängnissen zu kritisieren. Heuer aber reduziert die öffentliche Debatte sich auf die Diskussion von „ermittlungstechnischen Pannen“. Daß allein schon der Umstand, daß der Eindruck entstand, ein festzunehmender Bürger sei von den Sicherheits-Organen seines Staates exekutiert worden, als Alarmsignal in einer zivilisierten Gesellschaft hätte gelten müssen, kam offenbar niemandem in den Sinn. Die ganze Angelegenheit wurde so zurechtgestutzt auf ein Wettrennen zwischen Presse und Justiz um neue Detail-Erkenntnisse. Eine politische Dimension jedoch erhielt dies ebensowenig wie bspw. das spätere Veröffentlichen von Privatpost der Gefangenen und ihrer Familien-Angehörigen auch in der sog. linken Presse.

Während der ökonomische Kampf um Profite und Entlassungen, um materielle Sicherung und soziale Entrechtung von Arbeitgebern und Staat verschärft wird, finden im öffentlichen Disput lediglich Scharmützel statt, die nur notdürftig einen alle Parteien übergreifenden Konsens verbergen. Das größte Problem aber ist: All das interessiert keinen wirklich. Die *classa politica* ist derartig diskreditiert, daß sie alles auch nur entfernt Ähn-

liche mit sich in den Abgrund reißt, einschließlich des öffentlichen Streites.

Nach der Hochzeit gesellschaftlicher Auseinandersetzungen in den 70ern und dem Niedergang der politischen Kultur in den 80ern, kann heuer, in den 90ern, der Tod des Politischen schlechthin beobachtet werden. Was darauf folgen wird, ist die Herrschaft der Technokraten, begleitet von einer willfährigen Presse, stets auf der Suche nach sendefähigen „Ereignissen“, und einer Bevölkerung, der beinahe erfolgreich eingebleut wurde, Versagen und Elend als individuelle Probleme zu begreifen und also auch individuell zu bewältigen: mit Alkohol oder Fremdenhaß. Und beides kann dann bearbeitet werden: Sozial-pädagogisch verständnisvoll – aber politisch ungefährlich.

MATTHIAS WATERMANN*)

*) elektron. publ. Am 10. Oktober 1993 in /CL/MEDIEN/TEXT (Newsgroup cl.medien.text), Msg-ID: <5Aa8rU_nsOA@dfg.ols.ComLink.De>